

(Minister Einert)

- (A) abwarten, wie die weiteren Gespräche des Gesamtverbandes in dieser Richtung laufen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4987, Stichwort: Förderung des Wohnungswesens. Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Wer enthält sich? - Dann darf ich feststellen, der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Einzelplan 11, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, ab. Wer dem Einzelplan 11 entsprechend den Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/4911 und 10/4975 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß damit der Entwurf des Einzelplans 11 in zweiter Lesung angenommen wurde.

Ich rufe Nummer 7 auf:

#### Gemeindefinanzierungsgesetz

- (B) Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4990 vor.

Ich verweise auf die Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses, die Ihnen mit den Drucksachen 10/4900 und 10/4976 vorliegen, und eröffne die Beratung.

Ich erteile Herrn Abg. Leifert für die Fraktion der CDU das Wort.

(Vizepräsident Dr. Kiose übernimmt den Vorsitz.)

Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man das CFG 1990 in der vorliegenden Form betrachtet, kann man es mit der Situation zu diesem Zeitpunkt in diesem Hause vergleichen: Auf den ersten Blick ist alles sehr hell und schön, aber auf den zweiten Blick ist es wie draußen - dunkel. Der erste Blick, das ist die Jahresbetrachtung 1990. Aber der zweite Blick ist die zurückschauende Betrachtung

der Vielzahl der Kürzungen, die die Kommunen in unserem Land hinnehmen mußten. (C)

(Minister Dr. Schnoor: 8 % Steigerung! - Rohe (SPD): Wo denn?)

Wenn Sie seit 1980 bis heute die Steigerung der Landessteuereinnahmen und die Steigerung der im GFG zur Verfügung stehenden Mittel vergleichen, entdecken Sie eine Lücke von acht Prozentpunkten; das sind knapp 4 Milliarden DM, verursacht durch Verbundsatzkürzungen, Befrachtungen und anderes mehr. Auch der Kfz-Steuerverbund ist nur noch eine Farce von 30 Millionen DM. Alles andere ist den Gemeinden entzogen worden.

Dabei ist nicht daran vorbeizusehen, daß sich die Steuereinnahmen des Landes für 1989 und die Steuereinnahmeerwartungen für 1990 mit plus 1,8 Milliarden DM hervorragend entwickelt haben. Nicht hinwegzusehen ist auch über die gute, wenn auch unterschiedliche Entwicklung der eigenen Steuereinnahmen der Gemeinden.

Wo aber liegt die Ursache, meine Damen und Herren? Die Ursache liegt in den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die durch die stetige und richtige Politik der CDU-geführten Bundesregierung über sieben Jahre hinweg geschaffen wurden.

(Stüber (SPD): Glauben Sie das?)

Die erste und zweite Stufe der Steuerreform haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet, und im Endeffekt wird auch die dritte Stufe, wirksam zum 1. Januar 1990, die gleichen positiven Wirkungen auf die Wirtschaft und damit auf die Steuereinnahmen dieses Landes und gleichzeitig auf die Zuweisungen an die Kommunen haben. (D)

Meine Damen und Herren! Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der notwendigen Strukturverbesserung in vielen unserer Städte wird allerdings nicht, wie man uns glauben machen will, mit hohen ertragsunabhängigen Steuern, sondern durch Steueranpassungen zur Stärkung von Kaufkraft und Investitionen erreicht. Der Erfolg der Politik der Bundesregierung zeigt sich heute eindeutiger denn je.

Meine Damen und Herren! Vor der heutigen zweiten Lesung versuchte die Landesregierung - entgegen der einhelligen Meinung des kommunalpolitischen Ausschusses in diesem Hause -, 132,7 Millionen DM in dem so

(Leifert (CDU))

- (A) ominösen Topf Ausgleichsstock verschwinden zu lassen.

(Frau Friebe (SPD): Das ist doch gelogen!)

Der Finanzminister hatte sich durchgesetzt, vielleicht auch, weil der Innenminister nicht anwesend sein konnte. Schon hatte sich der Städtetag beim kommunalpolitischen Ausschuß ob seiner weisen Entscheidung, vertreten durch Frau Friebe und meine Wenigkeit, bedankt, da sagte die Regierung: Zurück, April, April! Wir wollen 132 Millionen DM nach einem neuen Schema verteilen, das allerdings erst zum 30. Juni, wenn überhaupt.

Der Verdacht liegt nahe: Nach den Landtagswahlen zurück, marsch, marsch, und wieder in die Kasse des Landes!

(Beifall bei der CDU)

Dankenswerterweise - und ich sage das ganz offen - haben sich die Kommunalpolitiker in der SPD-Fraktion durchgesetzt. Dankenswerterweise ist es dem Kollegen Wilbusse gelungen, in der Mehrheitsfraktion eine Sinnesänderung gegenüber der Landesregierung herbeizuführen - wir begrüßen das -; sie hat nämlich den gleichen Antrag "auf der Pfanne".

- (B) Wenn wir auch heute abend als vorletzte an der Reihe sind - 10 Milliarden DM sind auch nicht eine entsprechende Summe, daß man das eher verhandeln könnte -, meine Damen und Herren, ist es richtig und gut, daß Kommunalpolitiker in diesem Hohen Hause sich durchsetzen. Das sollte öfter geschehen.

Die SPD-Fraktion allerdings versucht nun, nach den Landtagswahlen doch noch wieder eine kleine Kürzung ins Gemeindefinanzierungsgesetz, in den Steuerverbund, hineinzubringen. Sie befrachtet den Kfz-Steuer-Verbund, das heißt, sie verschlechtert die kommunalen Finanzen für 1990 um 30 Millionen DM. Das geschieht mit dem fadenscheinigen Vorwand, Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen - im übrigen eine ureigene Landesaufgabe - damit zu finanzieren. Ortsumgehungen und Radwege - sicherlich eine wichtige Angelegenheit - sollen gebaut werden.

Meine Damen und Herren, als Bürgermeister einer kleinen Stadt, die vor kurzem eine Ortsumgehung einer Bundesstraße für 28 Millionen DM erhalten hat, sage ich Ihnen: Wieso denn dieses? Wir haben uns über die Ortsumgehung gefreut, haben das Geld des Bundes in Empfang genommen - 28 Millionen -

aber der Bundesfinanzminister hat mir keine Mitteilung gemacht, daß er deshalb den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer kürzen würde.

(C)

(Frau Friebe (SPD): Wenn der das könnte!)

Das, meine Damen und Herren, tun Sie - und so haben Sie es begründet - im Ausschuß. Herr Kollege Böse hat im Ausschuß viele Klimmzüge gemacht, um nachzuweisen, daß Ortsumgehungen bei Landesstraßen und die Radwege bei Landesstraßen nun ureigenste Gemeindeaufgaben wären. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir, meine Damen und Herren, sagen: Keinerlei Kürzung des Anteils der Kommunen an den Landessteuereinnahmen zu diesem Zeitpunkt! In der Vergangenheit haben Innenminister und Finanzminister die Kürzungen immer mit der schlechten bzw. negativen finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes begründet. Nunmehr ist die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes, Herr Innenminister, etwas besser geworden; denn 77 % der Mehreinnahmen gehen in den allgemeinen Landeshaushalt. Schon versucht die SPD-Fraktion, wieder 30 Millionen DM den Gemeinden abzuwickeln. Das werden wir nicht hinnehmen; denn die Begründung suchen Sie sich so, wie Sie sie gerade gebrauchen können.

Die Vermutung liegt nahe: Nach dem 13. Mai, sollte dann - was der Wähler in seinem Interesse, aber auch im Interesse der Kommunen im Lande verhüten möge - Johannes Rau weiter amtieren, sind andere, rabiater Kürzungen im Gemeindefinanzverbund sicherlich wieder auf der Tagesordnung.

(D)

Dabei benötigen die Gemeinden, die Kreise und die Landschaftsverbände dieses Mehr am Anteil der Landessteuereinnahmen dringend. Ich weise nur auf ganz wenige Beispiele hin.

Erstens: Die stationäre Pflege alter und kranker Menschen bereitet uns heute und wird uns in Zukunft riesige Probleme bereiten. Die notwendigen Tarifierpassungen, die zusätzliche Einstellung von Pflegepersonal und die trotz der Verbesserung der häuslichen Pflege, die durch die Gesundheitsreform herbeigeführt wird, ansteigenden Fallzahlen werden zu explosionsartigem Kostenanstieg insbesondere bei den Landschaftsverbänden führen. Deshalb sagen wir: Soviel Geld wie möglich in die Schlüsselzuweisungen, damit einmal die Umlagegrundlagen gestärkt werden und zum anderen, damit - wenn auch die Landschaftsverbände ihre Umlage erhöhen müssen - das Problem in

(Leifert (CDU))

- (A) jeder Gemeinde sichtbar wird, was auf uns alle zukommt, damit das Problembewußtsein gestärkt wird und wir alle, das Land, der Bund und die Gemeinden auf Dauer gemeinsam diese schwierige Aufgabe meistern können.

Wir alle sollten dies immer wieder einfordern. Aber auch das Land darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen und sagen "Das ist kommunale Aufgabe" oder "Das hat der Bund zu lösen". Alle politischen Ebenen haben in Zukunft dazu ihren Beitrag aus ihren allgemeinen Haushalten hin zu leisten.

Ein zweiter großer Mehrbedarf wird durch die hohe Zahl von Aus- und Übersiedlern verursacht, die in unseren Kommunen aufgenommen werden müssen. Übergangswohnheime sind nötig, sozialer Wohnungsbau - davon ist gerade gesprochen worden - ebenfalls. Wir befürworten die Verstärkung der Investitionspauschale, verteilt nach Aus- und Übersiedlern, um 55,8 Millionen DM, denn Investitionen sind notwendig. Aber, meine Damen und Herren, damit steigt auch der Sozialaufwand, damit steigt der Aufwand für Betriebs- und Investitionskosten für Kindergärten und vieles andere mehr. Also: Eine Stärkung der Finanzen der Kommunen ist aus diesem wichtigen Grund allein schon dringend notwendig.

- (B) Ich will einen dritten Punkt anführen. Die Kommunen stehen vor riesigen Aufgaben beim Umweltschutz. Ein Beispiel: Abwasserbeseitigung. Meine Damen und Herren, 622,5 Millionen DM stehen im Haushalt. 317 Millionen DM zahlt der Bund, 301 Millionen DM zahlen die Kommunen aus ihrem Steueranteil, 4,4 Millionen DM Anteil und Leistungen des Landes verbleiben. Aber selbst die werden noch aufgefressen, weil das Land sich an Überschüssen aus der Abwasserabgabe schadlos hält.

Meine Damen und Herren! Das sind wichtige Aufgaben der Gemeinden. Deshalb zum Schluß: Keine Kürzungen für die Kommunen! Wir bitten dieses Hohe Haus, unseren Änderungsanträgen im Sinne der Gemeinden, im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger, im Sinne der Alten und Kranken, der Kinder und Schüler in unseren Gemeinden zuzustimmen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Wilmbusse für die Fraktion der SPD das Wort.

Wilmbusse (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur wenige

Anmerkungen noch zum Gemeindefinanzierungsgesetz zu dieser späten Stunde! (C)

Erste Anmerkung: Es ist das letzte GFG in dieser Legislaturperiode. Ich stelle in der Rückschau fest: Diese Landesregierung und die SPD-Fraktion haben gute Kommunalpolitik gemacht. Der Innenminister hat das in der ersten Lesung im einzelnen begründet. Ich brauche es nicht zu wiederholen; ich will Ihnen und mir das im Hinblick auf die Zeit ersparen.

Zweitens stelle ich fest: In der Gesamtschau hat sich das Land nicht auf Kosten der Gemeinden konsolidiert; denn das würde doch heißen, daß das Land weniger sparen würde, als es die Gemeinden tun und tun müssen. Das ist nicht der Fall. Die entsprechende Kritik der Opposition ist nicht begründet, nicht berechtigt. Die Fachleute wissen das, insbesondere die, die in den kommunalen Spitzenverbänden sitzen, aber auch die Bürgermeister, die Mitglieder des Ausschusses für Kommunalpolitik sind.

Drittens: Wir haben ein schönes GFG, auch wenn Herr Leifert eben versucht hat, es schlechtzumachen.

(Schauerte (CDU): Ein schönes? - Heiterkeit)

- Das GFG 1990 entzückt einen; das kann man schon sagen: Steuerverbund 10,7 Milliarden DM; das sind 900 Millionen DM = 9 % mehr als 1989. Dazu kommen 6 Milliarden DM aus dem Landeshaushalt. Insgesamt sind es 16,6 Milliarden DM für die Kommunen. (D)

(Dr. Rohde (F.D.P.): Das ist doch was!)

Das ist ein Spitzenwert, 2 Milliarden DM mehr als im Jahr 1981, und dieses Jahr ist ja immer als vorbildlich bezeichnet worden.

(Schauerte (CDU): 2 Milliarden DM!)

- Lassen Sie das, Herr Schauerte, das hilft auch nicht!

Eine letzte Bemerkung zu den Anträgen, die gestellt worden sind. Wir beantragen 30 Millionen DM für den Ausbau von Landesstraßen im Zuge der Ortsdurchfahrten, denn wir denken, daß hier ein drängendes Problem ist. Die Städte und Gemeinden bauen die Gemeindestraßen im Zuge der Ortsdurchfahrten aus und verbessern damit ganz wesentlich die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer. Das Land ist dazu im Hinblick auf seine wirklich engen finanziellen Möglichkeiten

(Wilmbusse (SPD))

- (A) nicht in der Lage. Es hat 30 Millionen DM mehr dafür zur Verfügung gestellt, und wir haben uns wegen des originären Interesses der Gemeinden entschlossen, ebenfalls 30 Millionen DM innerhalb des GFG zur Verfügung zu stellen. Soviel zum einen.

Zum anderen! Wir meinten, diesen Antrag stellen und beschließen zu sollen, weil sonst die Opposition keinen Grund gehabt hätte, das GFG abzulehnen. Aus dieser Argumentationsnot wollten wir sie befreien.

(Lachen des Abg. Leifert (CDU))

Die CDU hat beantragt, die 55,8 Millionen DM, die wir aus der Ergänzungsvorlage für den Ausgleichsstock, und zwar für den Teil, der nach der Anzahl der Aussiedler verteilt wird, vorgesehen haben, wegzunehmen und als Schlüsselzuweisungen zu verteilen.

Zunächst einmal: Die Aufteilung der 390 Millionen DM - -

(Leifert (CDU): Das haben wir nicht beantragt! - Schauerte (CDU): Herr Wilmbusse, Sie sind falsch informiert!)

- Sie müssen Ihren Antrag richtig lesen!

(Schauerte (CDU): Nein, nein, haben wir nicht beantragt.)

- (B) - Doch!

(Heidtmann (SPD): Seit wann versteht der Schauerte was von Kommunalpolitik?)

Uns erscheint es richtig, die 390 Millionen DM nach dem allgemeinen Verhältnis 84,7 : 15,3 aufzuteilen. Wir glauben nicht, daß es eine weitere Veränderung dieses Anteilverhältnisses zugunsten der allgemeinen Zuwendungen geben sollte.

Dann entfallen diese 55,8 Millionen DM eben auf die Aussiedler. Wir meinen, daß hier in der nächsten Zeit ein ganz wesentliches Aufgabenfeld für die Kommunen liegen wird, und wir wissen noch nicht, wie umfangreich das sein wird. Wir wissen nicht, wie viele Aussiedler und wie viele Übersiedler kommen werden. Herr Leifert, Ihre Kritik an dem Vorhaben der Landesregierung, die 130 Millionen DM zunächst einmal im Ausgleichsstock zu parken und dann nach der Zahl der Aussiedler zu verteilen, muß ich doch, wenn auch nicht zurückweisen, so doch zumindest relativieren. Natürlich können in den nächsten Monaten hier ganz wesentliche Probleme entstehen, die wir in ihrem ganzen

Ausmaß noch nicht überblicken können. Es sprach vieles dafür und vieles dagegen, und die SPD-Fraktion hat sich nun einmal entschieden, den Weg, den die Landesregierung vorgeschlagen hatte, nicht mitzugehen. Nun aber zu sagen, das sei ein schlimmes Vorhaben der Landesregierung gewesen, halte ich nicht für richtig.

Zum Schluß möchte ich mich bei den Kollegen im Kommunalpolitischen Ausschuß, insbesondere beim Vorsitzenden, für die Beratungen in den letzten Jahren bedanken. Die Arbeit war sehr angenehm, immer sehr sachbezogen. Sie unterschied sich ganz wesentlich von den Äußerungen, die die Kollegen der Opposition im Plenum von sich gegeben haben. Das waren manchmal Schimpfkanonaden. Offenbar gehört das zu Ihrem Verständnis von Opposition dazu. Vielleicht wird das nach den nächsten Wahlen besser. Sie können heute schon anfangen, indem Sie dem GFG zustimmen. Wir tun das auf jeden Fall.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Dr. Riemer von der Fraktion der F.D.P.

Dr. Riemer (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte hiermit ankündigen, daß ich mich in der dritten Lesung zu diesem Gesetzentwurf zu Wort melden werde.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, beabsichtigen Sie - -?

(Minister Dr. Schnoor: Nein, nein, ich melde mich auch in der dritten Lesung nicht zu Wort!)

- Danke schön!

Meine Damen und Herren, dann stelle ich fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4990 (Neudruck) ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön! Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen über den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1990 ab. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzaus-

(C)

(D)